

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Haltern am See

Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich für Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucks.-Nr. 21/032 Stellung nehmen.

Der Beschlussentwurf der Verwaltung sieht vor, unseren Antrag für die Einführung von Klima-Auswirkungsanalysen bei Entscheidungsprozessen der Stadt Haltern am See abzulehnen.

In der Sachverhaltserläuterung sind die Ablehnungsgründe detailliert beschrieben. Einerseits wird auf einen Antrag zum Klimanotstand mit Drucks.-Nr. 19/110 verwiesen und geschlossen, dass

Zitat: „keine für den Standort schädliche ‚Symbolpolitik‘ begangen werden solle“.

Andererseits wird dargestellt, dass die Kreisverwaltung Recklinghausen in ihren Beschlussvorlagen den Punkt „Relevanz für den Klimaschutz“ ergänzt habe und textliche Erläuterungen vornehme. Hier in Haltern beschränkt man sich darauf, diese Maßnahmen beim Kreis Recklinghausen und den Beschluss zum „Vestischen Klimapakt“ zu begrüßen. Die Verwaltung verdeutlicht darüber hinaus, dass Klima-Auswirkungsanalysen zu personalintensiv seien und von dem in Haltern vorhandenen Personal nicht geleistet werden könne. Die Argumentationskette wird anschließend weitergeführt, so brauche es beispielsweise bei baulichen Planungen und Maßnahmen keine gesonderte Klima-Auswirkungsanalyse, da die Vorgaben durch das Bundesklimaschutzgesetz und das Baugesetzbuch umfassend seien. Auch wird auf die vorbildliche Landesgesetzgebung zum Klimaschutzgesetz NRW und auf das Klimaanpassungsgesetz NRW verwiesen.

Mit Verlaub, meine sehr verehrten Damen und Herren, für mich liest sich dies wie eine Verweigerungshaltung. Warum ziehen Sie sich auf die Aktivitäten der übergeordneten Ebenen zurück, stecken bildlich gesprochen den Kopf in den Sand und erwarten, dass damit die Klimakrise gelöst wird? Mir fehlt dafür jegliches Verständnis! Die Klimakrise ist die zentrale Herausforderung dieser und wahrscheinlich künftiger Generationen. Gefragt ist mutiges, zukunftsorientiertes Handeln. Ich frage Sie deshalb: Wie sollen wir Kommunalpolitiker*innen Entscheidungen ganzheitlich beurteilen und abwägen, wenn die zentrale Information zur Klimaauswirkung im Verborgenen bleibt?

Und am Rande erlaube ich mir folgende Bemerkung: sachorientierte Vorschläge, die Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen fördern als ‚Symbolpolitik‘ abzutun, empfinde ich als Affront! Ich finde, wir sollten zurückkehren in eine Diskussion auf der

Sachebene. Lassen Sie uns um die Sache streiten und nicht konstruktive Vorschläge mit dem Argument ‚Symbolpolitik‘ abtun.

Zugute halten muss ich Ihnen, dass Sie in den internen Abläufen der Fachbereiche eine Arbeitshilfe bereitstellen möchten, um die Zitat: „Auswirkungen und Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung“ beurteilen zu können.

Hiermit beantrage ich diesen Passus in den Beschlussentwurf aufzunehmen und darüber getrennt abstimmen zu lassen.

Ich bin mir sicher, dass diese interne Befassung mit dem Thema nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann. Es ist richtig, aber nicht weitreichend genug. Ich hätte mir eine offene Haltung der Verwaltung für unseren Vorschlag zur Klima-Auswirkungsanalyse gewünscht. Im Übrigen müsste doch ein Bewusstsein für die Dringlichkeit von Lösungen in der Klimakrise zumindest dazu führen, den politischen Diskurs über unseren Antrag im Fachausschuss zu führen. Deshalb bitte ich eindringlich darum unseren Antrag an den Fachausschuss zu verweisen und dem Beschlussentwurf der Verwaltung nicht zu folgen.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,

Sarah Radas, Fraktionsvorsitzende